

Titel Namensrechte der Partei gegenüber neoliberalen Lobby-Vereinen durchsetzen

AntragstellerInnen Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Namensrechte der Partei gegenüber neoliberalen Lobby-Vereinen durchsetzen

1 *Die Bundeskonferenz der Jusos möge zur Weiterleitung an den Parteivorstand und den Bundesparteitag der SPD beschließen:*

2

3 Dem „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ wird untersagt, den Namen „SPD“ oder eine sonstige Bezeichnung, die eine
4 Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterstellt, zu verwenden. Das Justizariat der Partei
5 wird aufgefordert dahingehend alle notwendigen Schritte zu unternehmen.

6 Das „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer Berufsverband“
7 und habe „als eigenständig eingetragener Verein keine finanziellen, personellen oder strukturellen Verbindungen zu
8 einer politischen Partei“. (vgl. Website¹[1])

9 Des Weiteren weigert sich das Forum den verschärften Transparenzregeln der SPD zu folgen und Sponsoring-Beiträge
10 offenzulegen.

11 Es ist nicht hinnehmbar, dass ein eigenständiger (Lobby-)Verein ohne Verbindung zur SPD diesen Namen miss-
12 braucht. Es sollte im natürlichen Interesse der Partei liegen, ihren Namen und die Bezeichnung „Sozialdemokratie“ vor
13 Missbrauch zu schützen, wie dies auch in der Vergangenheit bei ähnlichen Akteur*innen geschehen ist.

14 *Begründung*

15 [1]<https://www.spd-wirtschaftsforum.de/das-wirtschaftsforum/ueber-uns/>²